

Übersicht über die direkten Beteiligungen unter 20 %

1. DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gemeinnützige GmbH und Konzern	2
2. House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH	8
3. Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige GmbH	12
4. Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH	15
5. Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH	18
6. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	21
7. RMA Rhein-Main Abfall GmbH	26
8. Genossenschaften	30

1. DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH und Konzern

Anschrift: Gunzenbachstr. 35 76530 Baden-Baden	Telefon/Fax: 07221 214-201 07221 214-207	E-Mail/Internet: info@blutspende.de www.blutspende.de
---	---	---

Gründung: 26.01.1956	Unternehmensgegenstand: Sammlung, Aufbereitung (Konservierung) und Verteilung von menschlichem Blut und Bestandteilen des menschlichen Blutes sowie deren Anwendung am Menschen und Abgabe an Krankenanstalten und anderer öffentlicher und privater Einrichtungen der Gesundheitspflege für Heilzwecke sowie alle damit verbundenen ärztlichen und transfusionsmedizinischen Dienstleistungen im Rahmen des Zweckbetriebs; Werbung freiwilliger, unbezahlter Blutspender sowie Mitwirkung bei der Vermittlung von Stammzellenspendern; Mitwirkung am Katastrophenschutz durch Versorgung mit menschlichem Blut und Bestandteilen des menschlichen Blutes; Betrieb eines Institutes für Transfusionsmedizin und Immunhämatologie. Erbringung von ärztlichen Leistungen im Bereich der Labormedizin und Transfusionsmedizin (z.B. durch MVZ) im Rahmen der Sicherung der Blutversorgung und des Transplantationswesens im Sinne des DRK-Blutspendewesens.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Baden-Württemberg e.V.	44.146.828 € = 38,39 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Hessen e.V.	22.213.424 € = 19,31 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Badisches Rotes Kreuz e.V.	18.920.048 € = 16,45 %
Gesundheit Nordhessen Holding AG	8.885.496 € = 7,73 %
Stadt Frankfurt am Main	8.885.496 € = 7,73 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Sachsen e.V.	5.687.013 € = 4,95 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Brandenburg e.V.	3.305.463 € = 2,87 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Schleswig-Holstein e.V.	2.838.432 € = 2,47 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Hamburg e.V.	117.800 € = 0,10 %
	115.000.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Peter Mein
Herr Dipl.-Wirtsch.-Ing. Wolfgang Rüstig
Herr Prof. Dr. med. Erhard Seifried

Aufsichtsrat:	12 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Barbara Bosch
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Thomas Börner (AN)
	Herr Jochen Glaeser
	Herr Karsten Honsel
	Herr Holger Löser
	Herr Dr. Joannis Mytilineos (AN)
	Frau Sieglinde Ristau-Müller-Nestler (AN)
	Herr Werner Ritzinger (AN)
	Herr Volker Rump (AN)
	Herr BM a.D. Norbert Södler
	Herr Axel Strunk
	Herr André Urmann (AN)

Frauenquote:
Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)
0,00 %

Beteiligungen:

Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gGmbH, Ulm
DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH, Dresden
Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immungenetik Ulm gGmbH
Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH
Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH
RKU-Invest GmbH

Kapitalanteile:

26.000 € = 100,00 %
46.921.568 € = 99,83 %
2.253.000 € = 75,10 %
1.126.500 € = 75,10 %
187.750 € = 75,10 %
12.500 € = 50,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2018

Allgemeines

Die Gesellschaft nimmt wichtige Versorgungsaufgaben auf dem Gebiet der Transfusionsmedizin wahr. Sie versorgt Kliniken und Krankenhäuser sowie niedergelassene Fachärzte in Baden-Württemberg und Hessen und als Konzern auch in den übrigen Bundesländern, in denen die Tochtergesellschaften aktiv sind. Weitere Aufgaben sind die im Zusammenhang mit der Bluttransfusion und Transplantation stehenden Blutuntersuchungen sowie die Förderung der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Transfusionsmedizin und der Immunhämatologie. Medizinische Innovationen und die bei den Kunden der Gesellschaft eingeleiteten Sparmaßnahmen wirkten sich in einem rückgängigen Bedarf von Blutbestandteilen aus, konnten aber erfolgreich durch organisatorische Maßnahmen aufgefangen werden. Belastend wirkten die Bedingungen am Finanzmarkt durch die nahezu Nullverzinsung. Es konnten mit konservativ ausgerichteten Anlagestrategien keine positive Erträge erwirtschaftet werden. Daraus ergaben sich Abwertungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens (913 T€). Des Weiteren war das Geschäftsjahr durch Einmaleffekte gekennzeichnet. Periodenfremde Erträge in Höhe von 19,65 Mio. € resultierten im Wesentlichen aus Steuererstattungen, denen Sonderabschreibungen auf nicht mehr werthaltige Bestandteile des Sachanlagevermögens von 18,23 Mio. € gegenüberstanden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme stieg von 223,74 Mio. € auf 254,93 Mio. €. Im Wesentlichen haben sich dabei auf der Aktivseite die Finanzanlagen, die Wertpapiere und der Kassenbestand erhöht, während die Sachanlagen durch die Sonderabschreibungen abnahmen. Auf der Passivseite erhöhten sich die

Verbindlichkeiten durch den Cash Pool mit den Tochtergesellschaften und das Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote betrug 65,9 % und ist wegen des hohen Bilanzsummenwachstums um -6,9 % zurückgegangen.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2018 Investitionen in die Sachanlagen für Gebäude, Anlagen im Bau sowie in IT-Software und Laboranlagen in Höhe von 3,89 Mio. € und Wertanlagen im Anlagevermögen von 9,00 Mio. € getätigt. Daneben wurden Fonds ins Umlaufvermögen von 10,76 Mio. € gekauft. Für Forschung und Entwicklung sind 5,07 Mio. € angefallen, denen Erlöse von 1,92 Mio. € gegenüberstanden.

Die für den Geschäftsbetrieb erforderlichen Finanzmittel standen ohne die Beanspruchung von Fremdmitteln jederzeit zur Verfügung. Die Liquidität war gesichert, sodass Investitionstätigkeiten aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Für das Geschäftsjahr 2018 ist der Cash-Flow (Jahresüberschuss zuzüglich Abschreibungen) im Vergleich zum Vorjahr um 20,36 Mio. € angestiegen.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft sind im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um 6,25 Mio. € auf 132,65 Mio. € (+4,9 %) angestiegen. Dabei waren im Wesentlichen die Abgaben von Erythrozyten um +2,1 %, Abgabe von Rohplasma +10,6 %, von Thrombozyten aus Vollblut +2,8 % und die Stammzellen +7,9 % betroffen. Im Bereich Laborleistungen wurde ein Anstieg von 4,1 % erreicht.

Neben den höheren Mengenabgaben stiegen die Umsatzerlöse aber auch preisbedingt und wurden nicht gänzlich durch einen Anstieg beim Material- und Personalaufwand aufgezehrt. Positiv wirkten die schon eingangs erwähnten einmaligen Effekte im Wesentlichen aus einem Vorsteuererstattungsanspruch aus der Abgabe von Plasma, basierend

auf einer geänderten Rechtslage, die nicht vollständig durch die Sonderabschreibungen kompensiert wurden, so dass der Berichtszeitraum mit einem Jahresüberschuss von 5,11 Mio. € abgeschlossen werden konnte. Diese wurden zuzüglich des vorhandenen Gewinnvortrags in die Gewinnrücklagen eingestellt, so dass nur ein Bilanzergebnis von 5 T€ ausgewiesen wurde.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der Konzernabschluss bezieht neben der DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH auch folgende Unternehmen mit ein: DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gemeinnützige GmbH, Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immunogenetik Ulm gemeinnützige GmbH, Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gemeinnützige GmbH, Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gemeinnützige GmbH, Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gemeinnützige GmbH (ZKRD) sowie als assoziiertes Unternehmen die ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zelltherapie Berlin gemeinnützige GmbH. Die Beteiligung an der RKU Invest GmbH, Ulm wurde unverändert zum Vorjahr mit einem Erinnerungswert von 1 € angesetzt.

Die Umsatzerlöse des Konzerns sind im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um 4,0 % auf 288,65 Mio. € gestiegen. Der Umsatzanstieg resultierte vor allem aus den Thrombozyten mit 2,13 Mio. €, bei den Vermittlungsleistungen im ZKRD mit 3,71 Mio. € und beim Rohplasma mit 1,67 Mio. €.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten absatzbedingte Reduzierungen im Blutpräparateumfeld und Kostensteigerungen durch Konditionenanpassungen kompensiert werden. Das Spendenaufkommen konnte durch die weitere Optimierung der Termine an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden und die realisierten Spendensteigerungen haben zu positiven Erträge geführt. Der Materialaufwand ist nur um 3,1 % gestiegen. Der Personalaufwand erhöhte sich um 3,3 % und ist den Tarifsteigerungen und dem Aufbau an Beschäftigten geschuldet. Der Konzernjahresüberschuss ist auch hier im Wesentli-

chen geprägt durch einmalige und periodenfremde Effekte von 6,64 Mio. € (Vj. 0,65 Mio. €). Vorsteuererstattungen wirkten hier mit 35,78 Mio. € positiv, während außerplanmäßige Abschreibungen mit 24,59 Mio. € und die Bildung von Rückstellungen für Verpflichtungen aus Mietverträgen in Höhe von 3,68 Mio. € negativ wirkten.

Von dem Konzernjahresüberschuss von 11,54 Mio. € (+ 54,4 %) zuzüglich Gewinnvortrag von 4,60 Mio. € wurden 9,46 Mio. € in die Gewinnrücklage eingestellt und daraus resultierte ein Bilanzgewinn von 6,68 Mio. €. Die Geschäftsführung ist mit der Ergebnisentwicklung des Geschäftsjahres zufrieden.

Die Konzernbilanzsumme ist um 25,63 Mio. € angestiegen. Investitionen ins Anlagevermögen wurden im Umfang von 10,73 Mio. € getätigt, denen aber höhere Sonderabschreibungen gegenüberstanden, so dass das Anlagevermögen in der Bilanz rückläufig war. Fonds erhöhten wie im Einzelabschluss die Position Wertpapiere des Umlaufvermögens. Die Position Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks wuchs aufgrund der guten Umsätze und der positiven Sondereffekte.

Die Eigenkapitalquote ist dieses Jahr von 80,9 % auf 78,1 % zurückgegangen.

Für Forschung und Entwicklung sind im Jahr 2018 Kosten in Höhe von 6,43 Mio. € angefallen, welchen Erlösen in Höhe von 1,65 Mio. € gegenüberstanden. Im Wesentlichen sind die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung für Therapeutika (z.B. Stammzellen) und für die Weiterentwicklung der Qualitätssicherung angefallen.

B. Ausblick

Dem gegenwärtig rückläufigen Blutpräparatebedarf, insbesondere durch die zunehmende Etablierung blutsparender Operationsmethoden, den Einsatz medizinischer Innovationen und allgemeine Sparmaßnahmen der Kliniken und Krankenhäuser wird durch eine bedarfsgerechte Planung und Durchführung der Blutspendeaktionen begegnet. Der DRK Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen kann satzungsgerecht die aus der Vergangenheit gewohnt hohe Versorgungssicherheit aufrechterhalten. Als Reaktion auf die Veränderung der Rah-

menbedingungen werden organisatorische und strukturelle Anpassungsmaßnahmen weiter vorangetrieben, die die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens sicherstellen und insbesondere den steigenden Personalkosten entgegenwirken.

Aufgrund einer Änderung der umsatzsteuerlichen Eingruppierung von Blutbestandteilen werden in 2019 eine Rückerstattung beim BSD Nord-Ost im oberen einstelligen Millionenbereich sowie beim DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen im unteren zweistelligen Millionenbereich von abgeführten Steuern erwartet.

Für das Geschäftsjahr 2019 geht die Geschäftsführung bei den Planannahmen von einem höheren Absatzvolumen und somit von einem höheren Vollblutspendenaufkommen aus. Steigerungen werden weiterhin aus erweiterten Aktivitäten für Plasmapheresen abgeleitet. Die ersten beiden Monate waren von Umsätzen unter Plan geprägt und sind nicht repräsentativ für die Jahresbetrachtung. Für das gesamte Planjahr 2019 werden im Vergleich zu 2018 leicht höhere Umsatzerlöse bei einem gleichbleibenden operativen Ergebnis erwartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabensstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und des Wohlfahrtswesens sowie der Wissenschaft, Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Transfusionsmedizin und verwandten Gebieten. Bei der DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gGmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Jahresabschluss zum 31.12.2018 der DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH

Bilanz	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	107.173	120.681	-13.508	-11,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	924	1.146	-222	-19,4
Sachanlagen	60.987	82.228	-21.241	-25,8
Finanzanlagen	45.262	37.306	7.955	21,3
Umlaufvermögen	147.248	102.753	44.494	43,3
Vorräte	10.634	10.731	-98	-0,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.567	14.954	6.613	44,2
Wertpapiere	41.548	30.792	10.756	34,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	73.499	46.277	27.222	58,8
Rechnungsabgrenzungsposten	513	302	211	69,9
Bilanzsumme	254.934	223.736	31.198	13,9
PASSIVA				
Eigenkapital	168.087	162.982	5.105	3,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	115.000	115.000	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	53.082	47.972	5.110	10,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	5	10	-5	-47,6
Rückstellungen	7.829	7.894	-64	-0,8
Verbindlichkeiten	78.557	52.633	25.924	49,3
Rechnungsabgrenzungsposten	460	227	233	102,3
Bilanzsumme	254.934	223.736	31.198	13,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	132.650	126.398	6.252	4,9
Bestandsänderung UE / FE	263	157	106	67,2
Gesamtleistung	132.913	126.556	6.358	5,0
sonstige betriebliche Erträge	20.936	2.604	18.332	704,1
Materialaufwand	-38.394	-37.539	-855	2,3
Personalaufwand	-56.522	-54.872	-1.649	3,0
Abschreibungen	-25.291	-7.445	-17.846	239,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-28.186	-25.497	-2.688	10,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	5.457	3.806	1.651	43,4
Finanzergebnis	-261	-99	-163	164,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	5.196	3.707	1.488	40,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-90	-77	-13	17,2
Ergebnis nach Steuern	5.106	3.630	1.475	40,6
Sonstige Steuern	-0	-0	-0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	5.105	3.630	1.475	40,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5.105	3.630	1.475	40,6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	10	10	-0	-0,7
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-5.110	-3.630	-1.480	40,8
Bilanzergebnis	5	10	-5	-47,6
Kennzahlen	2018	2017	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	1.040	1.014	26	2,6

Jahresabschluss zum 31.12.2018 der

DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	143.396	162.077	-18.682	-11,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.315	1.648	-332	-20,2
Sachanlagen	105.327	132.459	-27.131	-20,5
Finanzanlagen	36.753	27.971	8.782	31,4
Umlaufvermögen	176.669	132.321	44.349	33,5
Vorräte	21.505	21.447	58	0,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38.518	32.214	6.304	19,6
Wertpapiere	41.548	30.792	10.756	34,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	75.099	47.868	27.231	56,9
Rechnungsabgrenzungsposten	1.083	462	621	134,5
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	2.313	2.977	-663	-22,3
Bilanzsumme	323.462	297.836	25.625	8,6
PASSIVA				
Eigenkapital	252.556	240.810	11.747	4,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	115.000	115.000	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	128.374	118.911	9.464	8,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	6.679	4.604	2.075	45,1
Anteile anderer Gesellschafter	2.503	2.295	208	9,1
Rückstellungen	39.483	32.284	7.198	22,3
Verbindlichkeiten	30.962	24.474	6.488	26,5
Rechnungsabgrenzungsposten	461	268	193	71,9
Bilanzsumme	323.462	297.836	25.625	8,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	288.645	277.466	11.178	4,0
Bestandsveränderung UE / FE	440	445	-5	-1,1
Gesamtleistung	289.085	277.911	11.173	4,0
sonstige betriebliche Erträge	37.600	4.311	33.289	772,2
Materialaufwand	-110.375	-107.059	-3.316	3,1
Personalaufwand	-110.376	-106.885	-3.491	3,3
Abschreibungen	-37.780	-13.302	-24.479	184,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-54.825	-46.697	-8.128	17,4
Betriebsergebnis	13.328	8.280	5.048	61,0
Finanzergebnis	-123	-92	-32	34,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	13.205	8.188	5.017	61,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.458	-670	-788	117,6
Ergebnis nach Steuern	11.747	7.518	4.229	56,2
Sonstige Steuern	-0	-3	2	-86,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	11.747	7.515	4.231	56,3
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-208	-40	-168	416,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	11.539	7.475	4.064	54,4
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	4.604	3.733	871	23,3
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-9.464	-6.604	-2.860	43,3
Bilanzergebnis	6.679	4.604	2.075	45,1
Kennzahlen	2018	2017	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen Konzern (Jahresdurchschnitt)	2.211	2.161	50	2,3

2. House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH

Anschrift: Bessie-Coleman-Str. 7, Gateway Gardens 60549 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/24 00 70 - 0 0 69/24 00 70 - 188	E-Mail/Internet: info@frankfurt-holm.de www.frankfurt-holm.de
Gründung: 29.06.2010	Unternehmensgegenstand: Unterstützung der Entwicklung der Logistik und Mobilitätswirtschaft, die Förderung und Erhaltung von vorhandenen Logistik- und Mobilitätspotentialen, die Verfügbarmachung von Räumen für Hochschulen und Unternehmen für die Zwecke von Lehre, Forschung, Transfer und Weiterbildung im Bereich Logistik und Mobilität durch den Aufbau und Betrieb eines interdisziplinären Forschungs- und Entwicklungs- sowie Bildungs- und Wissenstransferzentrums für Logistik und Mobilität.	
Gesellschafter: Land Hessen Stadt Frankfurt am Main HOLM (House of Logistics and Mobility) e.V.	Kapitalanteile: 173.000 € = 86,50 % 25.000 € = 12,50 % 2.000 € = 1,00 % 200.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Michael Kadow		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Mandatsträger	6 Mitglieder Herr StS Mathias Samson Herr Stv Gregor Amann Herr StR Markus Frank Herr Staatssekr Patrick Burghardt N.N. Herr Staatssekr Dr. Martin Worms	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 0,00 %		

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2018

Allgemeines

Am 02.09.2016 hat der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main die Betrauung der HOLM GmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) mit einer Dauer von zehn Jahren beschlossen. Die DAWI bestehen in der Unterstützung der Entwicklung der Logistik- und Mobilitätswirtschaft sowie der Öffentlichkeitsarbeit zur Steigerung und Sichtbarmachung der Standortattraktivität. Zum Ausgleich für die DAWI der HOLM GmbH gewährt die Stadt Frankfurt am Main Ausgleichsleistungen gem. Art. 5 des Freistellungsbeschlusses. Sie trägt dabei für den Zeitraum 2016 - 2020 einen Teil der ausgleichsfähigen Aufwendungen von bis zu 200 T€ jährlich.

Auf Grundlage des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 10.11.2017 wurde die "HOLM-Immobilie" (bestehend aus Grundstück und Erbbau-

recht, welches die Immobilie sowie die Betriebsvorrichtungen inkludiert) erworben. Der Erwerb erfolgte durch notarielle Beurkundung am 19. März 2018 zu einem Kaufpreis in Höhe von 72,19 Mio. € und hat wesentlichen (positiven) Einfluss auf die künftige Ergebnisentwicklung der Gesellschaft. Die Transaktion des Erwerbs wurde mit der Löschung des Erbbaurechts am 03.01.2019 abgeschlossen. Im Zusammenhang mit dem Erwerb der „HOLM-Immobilie“ wurde eine Finanzierung bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen über eine Summe in Höhe von 76,84 Mio. € in Form einer Begebung einer Namensschuldverschreibung geschlossen.

Zur Ermöglichung der Finanzierung erfolgte mit Datum vom 15. März 2018 die Abgabe einer Garantierklärung des Landes Hessen zugunsten der den Kauf finanzierenden Bank bezüglich (insbesondere)

Haupt- und Zinsforderungen gegen die HOLM GmbH aus der Finanzierung.

Im Gegenzug wurde die bislang bestehende Patronatserklärung an das Land Hessen zurückgegeben. Zudem wurde vor dem Hintergrund des Erwerbs, beziehungsweise der erfolgten Abgabe einer Garantieerklärung, mit Datum vom 4. März 2018, die Betrauung der HOLM GmbH mit einer Dienstleistung im Allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI) durch das Land Hessen neuerlich schriftlich fixiert. Unter Bezugnahme auf die Betrauungen durch das Land Hessen und der Stadt Frankfurt am Main sind sämtliche Aktivitäten weiterhin auf einen bestmöglichen Austausch zwischen Akteuren aus Logistik und Mobilität, insbesondere zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, ausgerichtet.

Kernaktivität des operativen Geschäfts bildete folglich auch im Berichtsjahr die Vernetzung der Akteure unter Bindung der bisherigen Wissenschaftspartner, Hochschulen, politischen Einrichtungen sowie Kundengewinnung für die Inhalte und die Vermietung von Wirtschaftsflächen sowie des Veranstaltungsbereiches.

Im Bereich Wirtschaft lag die Vermietung zum 31.12.2018 bei 4.200 m² (Vj. 3.669 m²) zzgl. 1.460 m² Sonderfläche, so dass die geplante Vollauslastung erreicht wurde. Die Vermietung der Wissenschaftsfläche blieb im Vorjahresvergleich konstant bei 2.556 m². Zudem wurden in 2018 insgesamt 555 Veranstaltungen (davon 353 extern) verteilt auf 1.586 Räume durchgeführt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Das Anlagevermögen hat sich von 1,82 Mio. € auf 77,9 Mio. € erhöht. Die erhebliche Erhöhung des Anlagevermögens ist primär auf den Grundstückserwerb der HOLM-Immobilie zurück zu führen (Grundstück und Erbbaurecht inkl. Immobilie und Betriebsvorrichtungen). Dies resultiert im Vorjahresvergleich in einer deutlich höheren Bilanzsumme von 80,30 Mio. € (Vj. 3,82 Mio. €).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich von 135 T€ auf 482 T€ erhöht und beinhalten vor allem Forderungen aus der Vermietung von Seminar- und Tagungsräumen sowie von Büro- und Geschäftsräumen.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2018 ist trotz eines negativen Jahresergebnisses ein auf 2,73 Mio. € (Vj. 2,47 Mio. €) gestiegenes Eigenkapital zu verzeichnen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr die Zuführung in die Kapitalrücklage den Jahresfehlbetrag übersteigt. Der Kapitalrücklage wurde im Berichtsjahr aufgrund der bestehenden Finanzierungsvereinbarung insgesamt 2,61 Mio. € (Vj. 3,13 Mio. €) zugeführt.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten die Tantieme für die Geschäftsführung von 55 T€ (Vj. 50 T€) sowie Rückstellungen für Jahresabschlusskosten von 21 T€ (Vj. 20 T€) und ausstehenden Urlaub von 13 T€ (Vj. 18 T€). Aufgrund der Fremdfinanzierung des Erwerbs der HOLM-Immobilie ist bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten eine erhebliche Zunahme auf 75,80 Mio. € (Vj. 0 T€) zu verzeichnen.

Die Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten von 431 T€ auf 3 T€ spiegelt die eingestellte Inanspruchnahme des Kontokorrentkredits bei der Stadt Frankfurt wider. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft mit 537 T€ (Vj. 42 T€) den Bereich Infrastruktur, die restlichen 120 T€ (Vj. 197 T€) betreffen Mieteinnahmen für die Projekte ÖPNV Lab und Aeolix.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2018 ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 2,34 Mio. € (Vj. Jahresüberschuss 14,09 Mio. €). Das Vorjahresergebnis war durch hohe sonstige betrieblichen Erträge geprägt, in denen die Auflösung der Drohverlustrückstellung für zu erwartenden Verluste aus dem Vermietungsgeschäft von 16,03 Mio. € (2018: 20 T€) geprägt enthalten war. Im Berichtsjahr erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse von 6,07 Mio. € (Vj. 5,09 Mio. €). Davon entfallen 1,85 Mio. € (Vj. 2,00 Mio. €) auf die Raumvorhaltung für Hochschulen, 1,59 Mio. € (Vj. 1,22 Mio. €) auf Fördergelder der Premiumpartner und Kooperationsleistungen, 1,64 Mio. € (Vj. 1,42 Mio. €) auf die (Dauer-) Vermietung von Gebäudeflächen und 840 T€ (Vj. 598 T€) für Veranstaltungsflächen. Im Berichtsjahr stehen Gesamterträ-

gen von 6,28 Mio. € (Vj. 21,37 Mio. €) ein Gesamtaufwand von 8,62 Mio. € (Vj. 7,28 Mio. €) gegenüber. Auf der Aufwandsseite ist insbesondere eine deutliche Zunahme bei den Abschreibungen auf das Anlagevermögen auf 1,60 Mio. € (Vj. 191 T€) zu verzeichnen. Ferner zeigt sich im Finanzergebnis eine deutliche Zunahme von Zinsen und ähnlichen Aufwendungen auf 1,03 Mio. € (Vj. 8 T€) die mit der Finanzierung der HOLM-Immobilie einhergehen. Im Gegenzug ist der Materialaufwand auf 3,16 Mio. € (Vj. 4,38 Mio. €) gesunken, da die Mietzahlungen an den Investor durch den Erwerb der HOLM-Immobilie im Geschäftsjahr auf 1,24 Mio. € (Vj. 2,80 Mio. €) zurückgegangen und ab Mai 2018 entfallen sind. Die Aufwendungen für die Gebäudebewirtschaftung betragen im Berichtsjahr 959 T€ (Vj. 1,07 Mio. €), der Personalaufwand 2,00 Mio. € (Vj. 1,88 Mio. €).

B. Ausblick

Im Rahmen der Prozessoptimierung wurde die im Veranstaltungsbereich bereits mehrjährig praktizierte elektronische Rechnungsstellung auch für weiteren Fachabteilungen zur Einführung vorbereitet. Die Realisierung erfolgt ab 2019 über das Customer-Relationship-Management.

Risiken der zukünftigen Entwicklung werden in den Auswirkungen der Großbaustelle des S-Bahnbaus gesehen, da damit voraussichtlich Einschränkungen für das Veranstaltungsgeschäft verbunden sein werden bis die Baumaßnahmen ca. Ende 2019 beendet sind. Gleichzeitig bietet die exponierte Lage am Standort Gateway Gardens hohes Entwicklungspotential, wenn nach Fertigstellung des S-Bahnbaus das HOLM-Gelände besser erreichbar sein wird. Die aktuelle Vertragslage im Vermietungsgeschäft bietet eine solide Basis für die beschriebene Fortentwicklung der Gesellschaft. Die Entwicklung im Veranstaltungsbereich lässt ebenfalls ein grundsätzlich positives Ergebnis erwarten, wenngleich Risiken, wie abnehmende Buchungszahlen infolge eines allgemeinen Drucks zu Kosteneinsparungen auf Kundenseite, in diesem Bereich kurzfristig greifen können. Das aus der stetigen Evaluierung des Leistungsportfolios hervorgegangene ÖPNV-Branchenlabor sowie die neu aufgestellte Clusterstrategie bieten eine gute Grundlage

für eine inhaltlich erfolgreiche Arbeit. Der nächste notwendige Schritt besteht darin, die Darstellung der Arbeit und Ergebnisse der Gesellschaft nach außen hin zu professionalisieren. In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat wird daher eine Kommunikationsstrategie erarbeitet und systematisch umgesetzt werden.

Für das kommende Geschäftsjahr erwartet die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 2,53 Mio. €.

Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wird aufgrund der Finanzierungszusage des Landes Hessen in 2019 weiterhin sichergestellt sein. Die Verpflichtung zur Zahlung der Annuitäten aus der Finanzierung des Kaufs der "HOLM-Immobilie" ist durch eine Garantieerklärung des Landes Hessen abgesichert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Stadt hat sich für den Zeitraum 2016 bis 2020 für die Zahlung eines jährlichen Zuschusses von bis zu 200 T€ verpflichtet.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Zur Beratung und Unterstützung der Organe der Gesellschaft wurde ein Beirat eingerichtet.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2018 der
House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH**

Bilanz	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	77.983	1.817	76.166	4.192,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	51	45	5	11,6
Sachanlagen	77.932	1.771	76.161	4.299,9
Umlaufvermögen	2.264	1.995	268	13,4
Vorräte	545	386	159	41,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	564	231	334	144,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.154	1.379	-225	-16,3
Rechnungsabgrenzungsposten	50	10	40	395,1
Bilanzsumme	80.296	3.822	76.474	2.000,8
PASSIVA				
Eigenkapital	2.730	2.469	261	10,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Kapitalrücklage	22.728	20.123	2.605	12,9
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-17.854	-31.942	14.088	-44,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2.344	14.088	-16.432	-116,6
Rückstellungen	93	114	-21	-18,1
Verbindlichkeiten	76.817	1.000	75.816	7.578,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	75.791	0	75.791	-
Rechnungsabgrenzungsposten	657	239	418	174,6
Bilanzsumme	80.296	3.822	76.474	2.000,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6.073	5.091	982	19,3
Bestandsänderung UE / FE	159	231	-72	-31,1
Gesamtleistung	6.232	5.323	910	17,1
sonstige betriebliche Erträge	45	16.048	-16.004	-99,7
Materialaufwand	-3.156	-4.380	1.224	-27,9
Personalaufwand	-2.003	-1.882	-121	6,4
Abschreibungen	-1.595	-191	-1.405	737,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-844	-821	-23	2,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.322	14.097	-15.419	-109,4
Finanzergebnis	-1.022	-9	-1.014	11.700,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-2.344	14.088	-16.433	-116,6
Ergebnis nach Steuern	-2.344	14.088	-16.433	-116,6
Sonstige Steuern	0	-0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.344	14.088	-16.432	-116,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.344	14.088	-16.432	-116,6
Kennzahlen	2018	2017	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	42	40	2	5,0

3. Regionalpark Ballungsraum RheinMain gemeinnützige GmbH

Anschrift: Frankfurter Straße 76 65439 Flörsheim am Main	Telefon/Fax: 0 61 45/9 36 36 20 0 61 45/9 36 36 44	E-Mail/Internet: information@regionalpark-rheinmain.de www.regionalpark-rheinmain.de
---	---	---

Gründung: 15.07.2003	Unternehmensgegenstand: Förderung des Projekts "Regionalpark RheinMain" durch die Beschaffung und Organisation von Finanzmitteln sowie deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, Koordination und Steuerung der Projekte im Sinne einer übergeordneten regionalen Planung und die Definition von Gestaltungsstandards.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	12.500 € = 6,67 %
Land Hessen	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Groß-Gerau	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Hochtaunus	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Main-Kinzig	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Main-Taunus	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Offenbach	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Rheingau-Taunus	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Wetterau	12.500 € = 6,67 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	12.500 € = 6,67 %
Stadt Hanau	12.500 € = 6,67 %
Stadt Offenbach am Main	12.500 € = 6,67 %
Stadt Rüsselsheim	12.500 € = 6,67 %
Stadt Wiesbaden	12.500 € = 6,67 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	12.500 € = 6,67 %
	187.500 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Kjell Schmidt
--

Aufsichtsrat:	15 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Erste KrBg Claudia Jäger
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr MinR Matthias Bergmeier Herr LRat Michael Cyriax Herr OB Alexander Hetjes Herr Verb.dir. Thomas Horn Herr StR Hans-Martin Kessler Herr StR Nils Kraft Herr LRat Ulrich Krebs Herr StR Thomas Morlock Herr KrBg Karl Ottes Frau Erste KrBg Susanne Simmler Herr KrBg Matthias Walther Herr StR Paul-Gerhard Weiß Herr LRat Thomas Will

Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2017

Allgemeines

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2018 noch nicht vor. Daher erfolgt eine Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres. Die Gesellschaft konnte in 2017 den Wandel in ihrer Geschäftspolitik, weg von der finanziellen Unterstützung von Projekten Dritter hin zu einer verstärkten Durchführung von Veranstaltungen und Produktion sowie Verbreitung von Informationsmaterial, erfolgreich fortführen. Die Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, die Kapazitäten des Regionalparks auch bei geringerem Mitteleinsatz optimal zu nutzen und eine hohe Aufmerksamkeit für die Stadtlandschaft Rhein/Main zu erreichen. Im Geschäftsjahr wurden 15 Einzelprojekte (Vj. 16) im Wert von knapp 639 T€ gefördert (Vj. 503 T€). Zu den Projekten zählen u. a. das „Projekt Regionalpark Süd-West“, unterstützt durch die Fraport, „Eigenprojekt Wanderbienen“, „Erlebnispunkte Niddaroute 1. Teil“, „Lachau Geisenheim“ und die „Limesroute Main-Kinzig-Kreis“. Daneben wurden projektübergreifende Förderungen im Wert von 363 T€ (Vj. 389 T€) vorgenommen. Hervorzuheben sind neben der Regionalpark Rundroute die Boden Ausstellung sowie die Regionalpark Science Tours.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme von 1,41 Mio. € hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 94 T€ erhöht. Zwar reduzierte sich auf der Aktivseite das Anlagevermögen um 116 T€, aber gleichzeitig erhöhte sich das Umlaufvermögen um 207 T€. Auf der Passivseite ist das Eigenkapital durch den Jahresfehlbetrag von -12 T€ auf 1,03 Mio. € (Vj. 1,04 Mio. €) gesunken, was einer Eigenkapitalquote von 73 % entspricht (Vj. 79 %). Der Finanzmittelbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 207 T€ erhöht und beträgt 810 T€ (Vj. 603 T). Demgegenüber standen Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen von 41 T€.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft fördert Regionalparkprojekte durch Bezuschussung aus Eigenmitteln bzw. durch die projektbezogene Weiterleitung der von Dritten empfangenen Zuschüsse. Das Geschäftsjahr 2017 schloss mit einem Jahresfehlbetrag von -12 T€ (Vj. +35 T€) ab, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die Veränderung war insbesondere auf den Anstieg der Betriebsaufwendungen um 110 T€ zurückzuführen. Demgegenüber stand eine Erhöhung der Betriebserträge um 42 T€, die auf höheren Erlösen aus der Auflösung von Rückstellungen (7 T€) sowie auf höheren Projektzuschüssen des Landes Hessen (35 T€) basierte. Die Projektförderung erhöhte sich um 111 T€ auf rund 1 Mio. €, da in 2017 mehr Einzelprojekte gefördert wurden.

B. Ausblick

Die Gesellschaft wird sich auch zukünftig dem Satzungsauftrag, der Förderung des Projektes „Regionalpark Rhein-Main“, widmen und erwartet für 2018 eine beständige Entwicklung der gemeinnützigen GmbH.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Ziffer 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Gemäß § 7 Absatz 1 der Satzung wurde in 2017 als Gesellschafterbeitrag ein jährlicher Zuschuss von 75 T€ an die Gesellschaft gezahlt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Jahresabschluss zum 31.12.2017 der Regionalpark Ballungsraum RheinMain gemeinnützige GmbH

Bilanz	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	597	713	-116	-16,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	5	1	12,4
Sachanlagen	591	708	-117	-16,5
Umlaufvermögen	813	606	207	34,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3	2	1	37,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	810	603	207	34,2
Rechnungsabgrenzungsposten	4	1	3	214,7
Bilanzsumme	1.413	1.320	94	7,1
PASSIVA				
Eigenkapital	1.031	1.043	-12	-1,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	188	188	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	855	820	35	4,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-12	35	-47	-133,9
Rückstellungen	363	224	139	62,2
Verbindlichkeiten	19	53	-34	-63,7
Bilanzsumme	1.413	1.320	94	7,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.877	1.843	34	1,9
Gesamtleistung	1.877	1.843	34	1,9
sonstige betriebliche Erträge	18	9	9	102,0
Materialaufwand	-1.002	-892	-111	12,4
Personalaufwand	-501	-482	-20	4,1
Abschreibungen	-157	-151	-7	4,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-245	-295	49	-16,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-12	33	-45	-138,1
Finanzergebnis	1	2	-2	-76,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-12	35	-47	-133,9
Ergebnis nach Steuern	-12	35	-47	-133,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-12	35	-47	-133,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-12	35	-47	-133,9
Kennzahlen	2017	2016	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	9	10	-1	-10,0

4. Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH

Anschrift: c/o Stadt Kelsterbach Mörfelder Straße 33 65451 Kelsterbach	Telefon/Fax: 0 61 07/77 32 26 0 61 07/77 34 00	E-Mail/Internet: information@regionalpark-rheinmain.de www.regionalpark-rheinmain.de
---	---	---

Gründung: 27.05.1998	Unternehmensgegenstand: Realisierung des Regionalparks RheinMain im Gebiet des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Regionalverband FrankfurtRheinMain	10.400 € =	11,76 %
Gemeinde Bischofsheim	5.200 € =	5,88 %
Gemeinde Büttelborn	5.200 € =	5,88 %
Gemeinde Egelsbach	5.200 € =	5,88 %
Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	5.200 € =	5,88 %
Gemeinde Nauheim	5.200 € =	5,88 %
Gemeinde Trebur	5.200 € =	5,88 %
Stadt Dreieich	5.200 € =	5,88 %
Stadt Frankfurt am Main	5.200 € =	5,88 %
Stadt Groß-Gerau	5.200 € =	5,88 %
Stadt Kelsterbach	5.200 € =	5,88 %
Stadt Langen	5.200 € =	5,88 %
Stadt Mörfelden-Walldorf	5.200 € =	5,88 %
Stadt Neu-Isenburg	5.200 € =	5,88 %
Stadt Raunheim	5.200 € =	5,88 %
Stadt Rüsselsheim	5.200 € =	5,88 %
	88.400 € =	100,00 %

Aufsichtsrat:	17 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr BM Herbert Hunkel
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr BM Heinz-Peter Becker
	Herr StR Martin Burlon
	Herr BM Jan Fischer
	Herr BM Frieder Gebhardt
	Herr Verb.dir. Thomas Horn
	Herr BM Thomas Jühe
	Herr Ingo Kalweit
	Herr Erster Bg Rouven Kötter
	Herr StR Nils Kraft
	Herr StR Kurt Linnert
	Herr BM Thies Puttnins-von Trotha
	Herr BM Andreas Rotzinger
	Herr BM Carsten Sittmann
	Herr BM Erhard Walther
	Herr BM Tobias Wilbrand

Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2017

Allgemeines

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2018 noch nicht vor. Daher erfolgt wie bereits in den letzten Jahren eine Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres. Als Durchführungsgesellschaft erstellt die Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH ein Netz aus Wegesystemen, Regionalparkrouten und Anlagen, um im engeren Umfeld des Frankfurter Flughafens die Freiflächen zwischen den Kommunen zu verknüpfen. Zu diesem Zweck investiert die Gesellschaft in Projekte auf kommunalen Grundstücken und überträgt die neu geschaffenen Bereiche nach der zeitlich befristeten Pflege mit der Maßgabe einer 20-jährigen Pflege an die Kommunen. Im Jahr 2017 wurden u. a. die Gestaltungsmaßnahme Festung Rüsselsheim, Schwalbenhaus in Ginsheim-Gustavsburg, Gestaltung Goetheturm in Frankfurt am Main sowie Querungshilfe Bleiswijkerstraße in Dreieich fertiggestellt und der jeweiligen Kommune übergeben. Außerdem wurde an 15 weiteren unterschiedlichen Projekten in der Region gearbeitet.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 7,38 Mio. € auf 6,85 Mio. € zurückgegangen, da die Abschreibungen (593 T€) die Zugänge (24 T€) überstiegen. Die Aktivseite war im Wesentlichen durch das Anlagevermögen von 6,58 Mio. € (Vj. 7,15 Mio. €) geprägt, das 96 % der Bilanzsumme entspricht. Das Umlaufvermögen nahm um 38 T€ auf 271 T€ (Vj. 233 T€) zu. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Zunahme der liquiden Mittel zurückzuführen. Das Eigenkapital hat sich aufgrund des Jahresüberschusses von 111 T€ auf 775 T€ (Vj. 664 T€) erhöht. Die Eigenkapitalquote lag bei 11 % (Vj. 9 %). Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit von -24 T€ (Vj. -172 T€) konnte durch den Cashflow aus dem laufenden Geschäft von 47 T€ (Vj. 185 T€) vollständig gedeckt werden. Der Finanzmittelbestand erhöhte sich auf 256 T€ (Vj. 233 T€).

Zur Erfolgslage

Das Jahr 2017 schloss mit einem Jahresüberschuss von 111 T€ (Vj. 198 T€) ab. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich. Die Zuschüsse sind um 176 T€ auf 604 T€ gestiegen. Dem gegenüber standen erhöhte Projektkosten mit 435 T€ (Vj. 172 T€). Die Abschreibungen veränderten sich zum Vorjahr nur marginal.

B. Ausblick

Die langfristige Entwicklung der Gesellschaft wird weiterhin wesentlich von der Beteiligung der Gesellschafter an den Investitions- und Verwaltungskostenpauschalen sowie vom Umfang der Zuwendungen privater Dritter beeinflusst. Für 2018 wird die Fraport AG nur noch projektbezogenen Mittel zur Verfügung stellen. Aufgrund dessen ist die Finanzierung im bisherigen Umfang entsprechend eingeschränkt. Es wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Ziffer 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

2017 wurden als Gesellschafterbeitrag Leistungen von 15 T€ von der Stadt Frankfurt am Main gezahlt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Jahresabschluss zum 31.12.2017 der Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH

Bilanz	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	6.577	7.146	-569	-8,0
Sachanlagen	6.577	7.146	-569	-8,0
Umlaufvermögen	271	233	38	16,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15	0	15	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	256	233	23	9,8
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0	0,0
Bilanzsumme	6.849	7.380	-531	-7,2
PASSIVA				
Eigenkapital	775	664	111	16,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	88	88	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	576	378	198	52,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	111	198	-87	-43,9
Sonderposten	6.011	6.604	-593	-9,0
Rückstellungen	12	12	0	0,0
Verbindlichkeiten	50	100	-49	-49,5
Bilanzsumme	6.849	7.380	-531	-7,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	1.248	1.019	228	22,4
Abschreibungen	-593	-591	-2	0,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-544	-231	-313	135,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	111	198	-87	-43,9
Finanzergebnis	-	0	-0	-100,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	111	198	-87	-43,9
Ergebnis nach Steuern	111	198	-87	-43,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	111	198	-87	-43,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	111	198	-87	-43,9
Ke n n z a h l e n	2017	2016	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

5. Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH

Anschrift: c/o Stadt Bad Homburg Rathausplatz 1 61343 Bad Homburg	Telefon/Fax: 0 61 72/1 00 61 00 0 61 72/1 00 61 80	E-Mail/Internet: holger.heinze@bad-homburg.de www.regionalpark-rheinmain.de
Gründung: 22.03.2001	Unternehmensgegenstand: Realisierung des Regionalparks RheinMain im Gebiet der Städte, die Gesellschafter sind.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € = 11,11 %	
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	25.000 € = 11,11 %	
Stadt Friedrichsdorf	25.000 € = 11,11 %	
Stadt Kronberg	25.000 € = 11,11 %	
Stadt Oberursel	25.000 € = 11,11 %	
Stadt Schwalbach	25.000 € = 11,11 %	
Stadt Steinbach	25.000 € = 11,11 %	
Regionalverband FrankfurtRheinMain	25.000 € = 11,11 %	
Stadt Eschborn	25.000 € = 11,11 %	
	225.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung:		
Herr Peter Dommermuth		
Herr Holger Heinze		
Frau Anja Littig		
Herr Ulrich Nützel		
Frau Yvonne Richter		
Aufsichtsrat:		
Aufsichtsratsvorsitz:	9 Mitglieder	
Mandatsträger der Stadt:	Herr OB Alexander Hetjes	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau StRin Rosemarie Heilig	
	Frau BM Christiane Augsburg	
	Herr BM Hans-Georg Brum	
	Herr BM Horst Burghardt	
	Herr StR Christoph O. Heinz	
	Herr Verb.dir. Thomas Horn	
	Herr BM Dr. Stefan Naas	
	Herr Erster StR Robert Siedler	
Frauenquote:		
Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)		
100,00 %		

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2017

Allgemeines

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2018 noch nicht vor. Daher erfolgt die Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres. Zu den zahlreichen, im Jahr 2017 durchgeführten Projekten, zählen u. a. der „Zeitgarten Keltentzeit“, die „Tannenwald-Elisabethenschneise“ und die Anbindung landgräfliche Gärten an Radroute.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 1,98 Mio. € auf 2,10 Mio. € angestiegen. Auf der Aktivseite ist dies im Wesentlichen auf die Zunahme des Umlaufvermögens um 244 T€ zurückzuführen. Das Sachanlagevermögen ist hingegen leicht gesunken. Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital um die Einzahlung der „Nebenleistungen der Gesellschafter zur Verwirklichung des Gesellschaftszwecks“ von 254 T€

abzüglich des Jahresfehlbetrags von -144 T€ auf 2,08 Mio. € (Vj. 1,97 Mio. €).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (254 T€) reichte nicht aus, um den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit (45 T€) und aus laufender Geschäftstätigkeit (-531 T€) auszugleichen. Aufgrunddessen sank der Finanzmittelbestand um 232 T€ auf 459 T€.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag belief sich auf -144 T€ (Vj. -133 T€) und wird durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage in gleicher Höhe ausgeglichen, so dass sich ein Bilanzergebnis von 0 € ergibt. Ursächlich für die marginale Ergebnisverschlechterung waren vor allem die um 7 T€ höheren Abschreibungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Projektplanung und übrige Aufwendungen) waren um insgesamt 4 T€ höher als im Vorjahr. Dies resultierte im Wesentlichen auf der Projektplanung „Kronberg“ und gestiegenen Kosten der Öffentlichkeitsarbeit.

B. Ausblick

Sowohl die Entwicklung der Gesellschaft als auch der Umfang der Realisierung von Projekten werden von den Nebenleistungen der Gesellschafter und der Gewährung von Zuschüssen beeinflusst. Für 2018 sieht der Finanzplan Projektkosten von 60 T€ vor und ist durch die geplanten Einnahmen und vorhandenen liquiden Mittel gedeckt. Der Erfolgsplan 2018 wird voraussichtlich mit einem Verlust von -280 T€ abschließen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und ist als solche steuerlich vom Finanzamt anerkannt.

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung; die Realisierung des Regionalparks dient insbesondere den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Ziffer 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

2017 wurden als Gesellschafterbeitrag Nebenleistungen von 75 T€ von der Stadt Frankfurt am Main in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingezahlt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Jahresabschluss zum 31.12.2017 der Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH

Bilanz	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-	0	0	-
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.159	1.290	-131	-10,1
Sachanlagen	1.159	1.290	-131	-10,1
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	934	691	244	35,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0	-0	-
Wertpapiere	475	-	475	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	459	691	-231	-33,5
Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	0	0,0
Bilanzsumme	2.097	1.984	113	5,7
PASSIVA				
Eigenkapital	2.075	1.965	110	5,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	225	225	0	0,0
Kapitalrücklage	1.850	1.740	110	6,3
Sonderposten	8	4	4	99,1
Rückstellungen	12	12	0	0,0
Verbindlichkeiten	2	3	-1	-33,2
Bilanzsumme	2.097	1.984	113	5,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	2	2	-0	-0,6
Abschreibungen	-85	-78	-7	9,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-61	-57	-4	6,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-144	-134	-11	8,1
Finanzergebnis	0	0	0	15,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-144	-133	-11	8,1
Ergebnis nach Steuern	-144	-133	-11	8,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-144	-133	-11	8,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-144	-133	-11	8,1
Kennzahlen	2017	2016	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

6. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Anschrift: Alte Bleiche 5 65719 Hofheim am Taunus	Telefon/Fax: 0 61 92/2 94 -0 0 61 92/2 94 -9 00	E-Mail/Internet: info@rmv.de www.rmv.de
--	--	---

Gründung: 30.06.1994	Unternehmensgegenstand: Gemeinsame Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV).
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	25.565 € = 3,70 %
Land Hessen	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Fulda	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Gießen	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Groß-Gerau	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Hochtaunus	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Lahn-Dill	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Limburg-Weilburg	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Main-Kinzig	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Main-Taunus	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Marburg Biedenkopf	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Odenwald	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Offenbach	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Rheingau-Taunus	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Vogelsberg	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Wetterau	25.565 € = 3,70 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	25.565 € = 3,70 %
Stadt Darmstadt	25.565 € = 3,70 %
Stadt Fulda	25.565 € = 3,70 %
Stadt Gießen	25.565 € = 3,70 %
Stadt Hanau	25.565 € = 3,70 %
Stadt Marburg	25.565 € = 3,70 %
Stadt Offenbach am Main	25.565 € = 3,70 %
Stadt Rüsselsheim	25.565 € = 3,70 %
Stadt Wetzlar	25.565 € = 3,70 %
Stadt Wiesbaden	25.565 € = 3,70 %
	690.244 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. André Kawai
Herr Prof. Knut Ringat

Aufsichtsrat:

28 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr OB Peter Manuel Feldmann

Mandatsträger der Stadt:

Herr OB Peter Manuel Feldmann

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Erster KrBg Walter Astheimer
Herr KrBg Johannes Baron
Frau StRin Dr. Barbara Boczek
Herr KrBg Christel Fleischmann
Herr LRat Manfred Görig
Frau StRin Sabine Groß
Herr OB Alexander Hetjes
Frau Erste KrBg Claudia Jäger
Herr LRat Frank Kilian
Herr StR Norbert Kortlüke

Herr StR Andreas Kowol
 Herr StR Nils Kraft
 Herr LRat Ulrich Krebs
 Herr LRat Frank Matiaske
 Herr LRat Manfred Michel
 Herr StR Thomas Morlock
 Herr KrBg Winfried Ottmann
 Herr Staatssekr Mathias Samson
 Frau LRätin Anita Schneider
 Herr LRat Wolfgang Schuster
 Herr OB Dr. Thomas Spieß
 Herr LRat Jan Weckler
 Frau BM Gerda Weigel-Greilich
 Herr Staatssekr Dr. Martin J. Worms
 Herr OB Dr. Heiko Wingenfeld
 Herr LRat Bernd Woide
 Herr Erster KrBg Marian Zachow

Frauenquote:

Frauenquote:
 (bezogen auf städtische Mandate)

0,00 %

Beteiligungen:

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH
 Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH
 Mobilligence GmbH

Kapitalanteile:

100.000 € = 100,00 %
 125.000 € = 100,00 %
 25.000 € = 100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2017

Allgemeines

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2018 noch nicht vor. Daher erfolgt eine Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres.

Durch eine mit dem Land Hessen geschlossene Finanzierungsvereinbarung ist die Finanzierung im RMV gesichert. Zur Finanzierungsvereinbarung vom 14.12.2009 (in der Fassung vom 01.11.2011) über die Förderung des ÖPNV im Verbundgebiet des RMV zwischen dem Land Hessen und der RMV GmbH wurde eine Zusatzvereinbarung über die Verlängerung von 2 Jahren abgeschlossen.

In 2014 konnte auf Bundesebene noch nicht abschließend über die Höhe der den Ländern ab dem Jahr 2015 zustehenden Regionalisierungsmittel entschieden werden. Es werden derzeit lediglich Mittel wie 2014 zuzüglich einer Fortschreibung in Höhe von 1,5 % bereitgestellt. Für das Jahr 2016 werden im Rahmen der 3. Zusatzvereinbarung mit dem Land zusätzlich 24 Mio. € bereitgestellt. In

2016 wurde für den Zeitraum ab 2017 eine Folgevereinbarung mit dem Land Hessen bis zum Jahr 2021 abgeschlossen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme verminderte sich zum Stichtag um 2,25 Mio. € auf 34,77 Mio. €. Dies war auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die Minderung der sonstigen Vermögensgegenstände und auf der Passivseite trotz Erhöhung der Rückstellungen um 757 T€ auf die Verringerung der Verbindlichkeiten um 3,49 Mio. € zurückzuführen. Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen betrug 32,2 % (Vj. 28,9 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfielen 67,8 % (Vj. 71,1 %) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen war vollständig durch nicht rückzahlbare Zuschüsse finanziert.

Zur Ertragslage

Das Jahresergebnis war wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen. Die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen der Gesellschaft wurden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und Zuwendungen des Landes Hessen ausgeglichen. In den sonstigen betrieblichen Erträgen von 55,00 Mio. € (Vj. 49,31 Mio. €) befanden sich die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung sowie die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger von 46,80 Mio. € (Vj. 40,49 Mio. €). Hinzu kamen Erträge aus Projektzuwendungen und die übrigen sonstigen Erträge von 5,39 Mio. € (Vj. 6,37 Mio. €) sowie die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens von 2,82 Mio. € (Vj. 2,45 Mio. €). Die Aufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um rund 11 % gestiegen. Im Wesentlichen betraf dies den Anstieg des Materialaufwandes (Aufwendungen für bezogene Leistungen) um 5,76 Mio. € auf 33,81 Mio. € sowie die Erhöhung des Personalaufwandes um 1,81 Mio. € auf 12,53 Mio. €. Die Abschreibungen von 2,82 Mio. € waren gegenüber dem Vorjahr um 373 T€ höher und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 7,31 Mio. € fielen um 2,17 Mio. € geringer als im Vorjahr aus. Das Finanzergebnis von 1,47 Mio. € (Vj. 1,39 Mio. €) war geprägt von dem Beteiligungsergebnis von 1,92 Mio. € (Vj. 1,82 Mio. €) sowie dem negativen Zinsergebnis von -447 T€ (Vj. -430 T€).

Ergebnisse der Beteiligungen

Die Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms) schloss das Geschäftsjahr 2017 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung gemäß Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH wies die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 358 T€ (Vj. 362 T€) aus.

Die Gesellschaft bietet umfassende Serviceleistungen, Dienstleistungen und Beratungsleistungen im Bereich des ÖPNV, des schienengebundenen Fernverkehrs sowie von Dienstleistungen an der Schnittstelle zwischen ÖPNV und dem motorisierten Individualverkehr.

Das Jahresergebnis der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma) für das Geschäftsjahr 2017 betrug 1,46 Mio. € (Vj. 1,39 Mio. €). Es wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abgeführt. Der fahma wurde durch die RMV GmbH ein Teil des abzuführenden Ergebnisses 2017 (600 T€) eigenkapitalstärkend in Form einer Kapitalrücklage wieder zugeführt.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Finanzierung, Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs und die Bereitstellung dieser Fahrzeuge an Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Die RTW Planungsgesellschaft mbH schloss das Geschäftsjahr 2017 systembedingt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab. Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“. Die RMV GmbH ist mit 16,7 % an der Gesellschaft beteiligt. Die ivm GmbH, zu 12,4 % im Besitz der RMV GmbH, hatte ebenfalls ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Weiterhin ist die RMV GmbH mit 10,1 % an der VDV eTicket Service GmbH & Co. KG beteiligt.

Die in 2017 neu gegründete Mobilligence GmbH schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 99 T€ ab. Finanziert wurde die Gesellschaft im Gründungsjahr aus dem Stammkapital sowie einem Gesellschafterdarlehen durch die rms GmbH i. H. v. 50 T€. Das Anlagevermögen ist zu 100 % mit Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt 29,1 %.

B. Ausblick

Das Forschungs- und Förderprojekt (eSIM 2020 EFM-Systemintegration und Migration für den Zeithorizont 220) ist im Geschäftsjahr abgeschlossen worden und die technologischen Grundlagen für das elektronische Fahrgeldmanagementsystem „Be-In-Be-Out“ konnten weiter erforscht werden. Im Rahmen eines Folgeprojektes „EiLo“ (Einsteigen und Losfahren) werden die erarbeiteten Grundlagen in den Jahren 2017/2018 weiter entwickelt und für ein Produktivsystem erforderliche Komponenten entwickelt. Im Förderprojekt DYNAMO (dynamische, nahtlose Mobilitätsinformation) wurde die Entwick-

lung eines digitalen dynamischen Reisebegleitdienstes erfolgreich weitergeführt, dessen Ergebnisse in den Jahren 2017/2018 stufenweise in Betrieb genommen werden. Neben der Digitalisierung treibt die RMV GmbH eine Initiative zur bundesweiten Vernetzung der Mobilitätsangebote gemeinsam mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) mit dem Ziel, eine gemeinsame übergreifende Plattform zu entwickeln, die den Kunden Zugang zur Mobilität aus einer Hand bietet. Im Geschäftsjahr wurde die Mobilligence GmbH, eine 100%ige Tochter der rms GmbH, mit Sitz in Berlin gegründet und soll wie die Muttergesellschaft als Beratungs- und Serviceunternehmen am Markt auftreten. Jedoch soll der Schwerpunkt auf den Themen Digitalisierung und Vernetzung der Mobilitätsbranche gelegt werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der RMV GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2017 der
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH**

Bilanz	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	11.183	10.710	472	4,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.432	7.515	-84	-1,1
Sachanlagen	647	691	-44	-6,3
Finanzanlagen	3.104	2.504	600	24,0
Umlaufvermögen	23.043	25.960	-2.917	-11,2
Vorräte	50	50	0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.032	24.950	-2.918	-11,7
Wertpapiere	709	709	0	0,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	251	251	1	0,3
Rechnungsabgrenzungsposten	547	354	192	54,3
Bilanzsumme	34.772	37.025	-2.252	-6,1
PASSIVA				
Eigenkapital	2.172	2.172	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	690	690	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	1.481	1.481	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	11.183	10.710	472	4,4
Rückstellungen	17.436	16.679	757	4,5
Verbindlichkeiten	3.927	7.419	-3.491	-47,1
Rechnungsabgrenzungsposten	55	45	10	21,7
Bilanzsumme	34.772	37.025	-2.252	-6,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	55.006	49.309	5.696	11,6
Materialaufwand	-33.809	-28.045	-5.764	20,6
Personalaufwand	-12.527	-10.717	-1.810	16,9
Abschreibungen	-2.824	-2.451	-373	15,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.313	-9.481	2.168	-22,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.469	-1.385	-83	6,0
Finanzergebnis	1.471	1.388	83	6,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2	3	-1	-20,5
Ergebnis nach Steuern	2	3	-1	-20,5
Sonstige Steuern	-2	-3	1	-20,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2017	2016	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	146	141	5	3,5
Anzahl der Linien im Verbundgebiet (lokal und regional)	1.000	1.000	0	0,0
Angebotskilometer (lokal. Verkehr, in TNutzkm)	140.073	138.678	1.395	1,0
Angebotskilometer (region. Verkehr, TNutzkm)	66.677	65.255	1.422	2,2
Haltestellen (beide Richtungen)	12.000	12.000	0	0,0

7. RMA Rhein-Main Abfall GmbH

Anschrift: Ludwigstraße 44 63067 Offenbach am Main	Telefon/Fax: 0 69/8 00 52-0 0 69/8 00 52-2 99	E-Mail/Internet: info@rmaof.de www.rmaof.de
Gründung: 21.12.1998	Unternehmensgegenstand: Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Landkreis Hochtaunus Landkreis Main-Taunus Landkreis Offenbach Stadt Offenbach am Main Stadt Maintal	Kapitalanteile: 53.050 € = 19,23 % 53.050 € = 19,23 % 53.050 € = 19,23 % 53.050 € = 19,23 % 53.050 € = 19,23 % 10.650 € = 3,86 % 275.900 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Constanze Celten		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	26 Mitglieder Herr Erster KrBg Uwe Kraft Herr BM und StK Uwe Becker Herr Abdenassar Gannoukh Frau StRin Rosemarie Heilig Herr Stv Robert Lange Herr Stv Roger Podstatny Herr LRat Michael Cyriax Herr BM und StK Peter Freier Frau StRin Marianne Hermann Frau Erste KrBg Claudia Jäger Herr StR Adolf Kannengießner Frau Stv Brigitte Koenen Herr LRat Ulrich Krebs Herr BM Albrecht Kündiger Herr Werner Müller Herr Robert Müller Herr Aribert Oehm Frau KrBg Madlen Overdick Herr LRat Dirk-Oliver Quilling Herr Erster StR Ralf Sachtleber Frau Dr. Regina Sell Herr BM Gregor Sommer Herr Stv Oliver Stirböck Herr Peter Walther Herr BM a. D. Rolf Wenzel Herr BM a. D. Dieter Wolf	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 20,00 %		

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2018

Das Hauptziel der RMA Rhein-Main Abfall GmbH (RMA) ist die wirtschaftliche und sichere Entsorgung der regional anfallenden Siedlungsabfälle. Die Entgeltstabilität sowie die Auslastung vorhandener Müllheizkraftwerke und anderer Entsorgungsanlagen sind die Ziele der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach, Stadt Maintal und den Landkreisen Kreis Offenbach, Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis. Diese beiden Ziele sind nachhaltig sozial (Entgeltstabilität) und ökonomisch (Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit) sinnvoll zu erreichen. Die Auslastung der auf kurzen Wegen erreichbaren regionalen Abfallverbrennungsanlagen, die auf dem neuesten Stand der Technik sind und deren Energieeffizienzkoeffizient den aktuellen Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes entspricht, ist auch ökologisch vertretbar. Die transparente Berechnung einheitlicher Entgelte an die sechs Gebietskörperschaften, die alle Aufwendungen der Abfallentsorgung und Deponienachsorge decken, ist eine weitere wesentliche Aufgabe der RMA GmbH.

Im Berichtsjahr wurden der RMA 337.396 t (336.187 t) zzgl. 64.975 t (Vj. 66.692 t) Abfälle aus Wiesbaden angedient. Das Hausmüllaufkommen aus den beteiligten Gebietskörperschaften betrug im Geschäftsjahr 295.904 t und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr (297.481 t) leicht reduziert.

Die Finanzierung der Deponienachsorge war gemäß den Bestimmungen des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz und den Festlegungen der Gesellschaft bis 2017 eine wesentliche Aufgabe der RMA. Die RMA hat sich im Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 verpflichtet, die Kosten für Sicherungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen für die Deponien Brandholz, Wicker und die Schlackedeponie Offenbach zu erstatten. Im Geschäftsjahr 2015 hat die Deponiebetreiberin eine Überrechnung der Kalkulationsgrundlagen und die Überprüfung der technischen Bewertung der Nachsorgemaßnahmen auf der Grundlage aktueller Verfahrensanweisungen durchgeführt. Dabei ist die verbindliche Einführung Bundeseinheitlicher Qualitätsstandards (BQS) für mine-

ralische Baustoffe und Bauelemente als eine Anpassung aufgrund behördlicher und gesetzlicher Rahmenbedingungen bewertet worden, die die RMA zu finanzieren hat. Weitere mögliche finanzielle Lasten aus anderen veränderten behördlichen und gesetzlichen Anpassungen wurden im Geschäftsjahr 2016 in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe identifiziert. Im Wesentlichen wurden die höheren Aufwendungen für Maßnahmen der Deponienachsorge bei einem um 30 Jahre verlängerten Deponienachsorgezeitraum von 2045 bis 2075 diskutiert. Im Ergebnis ist es im Rahmen einer beiderseits rechtsverbindlich geschlossenen Abwicklungsvereinbarung zu einer endgültigen und abschließenden Regelung über die Zahlungsverpflichtungen der RMA GmbH gegenüber der RMD GmbH gekommen. Es wurde eine Abgeltungszahlung in dem Abwicklungsvertrag festgelegt, so dass die RMA GmbH gegen Leistung einer pauschalen Abgeltungszahlung an die RMD GmbH i. H. v. 9 Mio. € (zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer) von sämtlichen über den genannten Betrag hinausgehenden, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsansprüchen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Stilllegungs- und Nachsorgekosten für die drei Deponien freigestellt wird. Aufgrund des Abwicklungsvertrages bestand zum 31.12.2017 gegenüber der RMD GmbH noch eine Verbindlichkeit von 5,88 Mio. €, die am 02.01.2018 beglichen wurde. Daher ergeben sich für die RMA GmbH keine bilanziellen Risiken aus der Deponienachsorge mehr. Zudem wurde mit Wirksamwerden des Abwicklungsvertrages die Verpflichtungs- und Patronatserklärung der RMA GmbH zu Gunsten der RMD GmbH zum 02.01.2018 beendet.

Im Zuge der finanziellen Abwicklung der Deponienachsorge konnten die Entgelte für brennbare Abfälle zum 01.01.2018 von 237,50 € inkl. MwSt./t auf 211,00 € inkl. MwSt./t gesenkt werden. Entsprechend haben die an der RMA GmbH beteiligten Städte und Kreise ihre Gebühren angepasst und ihre Abfallsatzungen aktualisiert.

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr ist insgesamt als positiv zu beurteilen. Die Ziele der RMA, die verlässliche Entsorgungssicherheit im RMA-Gebiet zu gewährleisten sowie die Auslastung der

Verbrennungsanlagen, sind auch bei reduzierten Entgelten erreicht worden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der RMA reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,56 Mio. € auf 13,20 Mio. €. Das Anlagevermögen ist durch Investitionen von 124 T€ (Vj. 9 T€) und Abschreibungen von 85 T€ (Vj. 70 T€) von 201 T€ auf 240 T€ gestiegen. Der Bestand an flüssigen Mitteln ist von 10,14 Mio. € auf 5,35 Mio. € gesunken. Der Rechnungsabgrenzungsposten von 30 T€ ist um 1,21 Mio. € gesunken. Ursächlich hierfür war der Wegfall eines Vorabentgeltes an die Energieversorgung Offenbach AG durch Zeitablauf.

Auf der Passivseite verringerten sich die Verbindlichkeiten um 8,09 Mio. € auf 9,02 Mio. € (Vj. 17,10 Mio. €). Hauptursache hierfür war die Verringerung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen durch den Wegfall der Verbindlichkeiten für die Deponienachsorge (7,00 Mio. €). Desweiteren sind die Betreibervergütungen für die Verbrennungsanlagen (1,16 Mio. €) gesunken. Das Eigenkapital betrug 3,41 Mio. € (Vj. 3,07 Mio. €). Die Eigenkapitalquote betrug 25,81 % (Vj. 14,82 %).

Zur Erfolgslage

Mit einem Jahresergebnis von 332 T€ lag das Ergebnis um 119 T€ über dem Vorjahresniveau (213 T€). Hauptursache für den Umsatzrückgang um 7,25 Mio. € war insbesondere die Senkung der Entgelte zum 01.01.2018 für brennbare Abfälle von 237,50 €/t brutto auf 211,00 €/t brutto. Hauptgrund für den Rückgang beim Materialaufwand war der Wegfall der Aufwendungen für die Deponienachsorge. Zudem ergeben sich geringere Betreiberentgelte.

Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus gestiegenen Zuführungen zur Pensionsrückstellung.

B. Ausblick

Die zukünftige Entwicklung der entgeltrelevanten und überlassenen Abfallmengen aus den Gebietskörperschaften und die Entwicklung der Entsor-

gungsstrukturen im RMA-Gebiet sind die bestimmenden Größen der künftigen Erlössituation der RMA. Die vorgehaltenen Bereitstellungskapazitäten in den Müllheizkraftwerken entsprechen der zu erwartenden Menge an Beseitigungsabfällen.

Im Geschäftsjahr werden die Arbeiten zur Fortführung der Abfallwirtschaftskonzeption beginnen. Die Fertigstellung ist für 2020 geplant. Die Konzeption wird gemäß gesetzlichen Vorgaben für einen Zeitraum von sechs Jahren bis 2026 fortgeschrieben. Ausgehend vom Status quo in Bezug auf die Sammlung, Verwertung und Beseitigung der in den einzelnen Städten und Gemeinden anfallenden Siedlungsabfälle werden in dem Konzept auch u. a. zukünftige Planungen und Vorhaben beschrieben.

Eine wirksame interne Steuerung und Kontrolle wird durch eine permanente Überwachung und aktive Beeinflussung der Mengenströme im Stoffstrommanagement durchgeführt. Die Erlössituation und die Entwicklung des Materialaufwandes werden kontinuierlich überwacht. Als wichtige Instrumente der Risikoerkennung und der daraus folgenden etwaigen Notwendigkeit zur Reaktion dienen Wochen-, Monats- und Quartalsanalysen. Ein formalisiertes Risikofrüherkennungssystem ist vorhanden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der RMA handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2018 der
RMA Rhein-Main Abfall GmbH**

Bilanz	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	240	201	39	19,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	11	-8	-77,3
Sachanlagen	237	190	47	24,9
Umlaufvermögen	12.847	19.259	-6.411	-33,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.494	9.123	-1.629	-17,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	5.353	10.135	-4.782	-47,2
Aktive latente Steuern	80	58	22	38,6
Rechnungsabgrenzungsposten	30	1.235	-1.205	-97,6
Bilanzsumme	13.197	20.752	-7.555	-36,4
PASSIVA				
Eigenkapital	3.406	3.074	332	10,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	276	276	0	0,0
Kapitalrücklage	0	0	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	2.798	2.586	213	8,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	332	213	119	55,9
Rückstellungen	774	573	201	35,1
Verbindlichkeiten	9.016	17.104	-8.089	-47,3
Bilanzsumme	13.197	20.752	-7.555	-36,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	70.743	77.988	-7.246	-9,3
Gesamtleistung	70.743	77.988	-7.246	-9,3
sonstige betriebliche Erträge	34	32	2	5,9
Materialaufwand	-67.583	-75.143	7.559	-10,1
Personalaufwand	-1.748	-1.619	-129	8,0
Abschreibungen	-85	-70	-14	20,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-845	-844	-1	0,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	516	345	171	49,6
Finanzergebnis	-32	-43	12	-26,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	484	302	183	60,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-152	-88	-64	72,4
Ergebnis nach Steuern	332	213	119	55,7
Sonstige Steuern	-1	-1	0	-9,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	332	213	119	55,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	332	213	119	55,9
Kennzahlen	2018	2017	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	20	20	0	0,0
Abfallmenge in t	337.396	336.187	1.209	0,4

8. Genossenschaften

Die Stadt Frankfurt am Main ist Mitglied in vier Wohnungsgenossenschaften (Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG, Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG, Volks,- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG, Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG).

Im Folgenden werden Angaben zum Genossenschaftsanteil der Stadt, zur Haftsumme, Mitgliederanzahl und Anzahl der Geschäftsanteile gemacht.

Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG

Genossenschaftsanteil: 4.805 € (31 Anteile á 155 €)
Haftsumme: keine
Mitgliederanzahl: 1.738
Anzahl der Geschäftsanteile: 19.534

Nachrichtlich

Frankfurter Volksbank eG (Stand: 31.12.2017)

Genossenschaftsanteil: 250 € (fünf Anteile á 50 €)
Haftsumme: 19.814.600 €
Mitgliederanzahl: 51.436
Anzahl der Geschäftsanteile: 396.292

Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG

Genossenschaftsanteil: 320 € (ein Anteil)
Haftsumme: keine
Mitgliederanzahl: 1.292
Anzahl der Geschäftsanteile: 4.900

Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG (Stand: 31.12.2016)

Genossenschaftsanteil: 440 € (zwei Anteile á 220 €)
Haftsumme: 208.340 €
Mitgliederanzahl: 313
Anzahl der Geschäftsanteile: 947

Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG

Genossenschaftsanteil: 18.750 € (750 Anteile á 25 €)
Haftsumme: 4.547.500 €
Mitgliederanzahl: 7.276
Anzahl der Geschäftsanteile: 446.163